

Beschluss Gemeinsam die Stadt von morgen gestalten (Bürger*innenbeteiligung)

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 20.03.2019

Text

500 Gemeinsam die Stadt von morgen gestalten

501 Bürger*innenbeteiligung ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein zentrales Anliegen. Wo
502 immer es geht und rechtlich möglich ist, verstehen wir darunter das Angebot an
503 alle in unserer Stadt lebenden Menschen sowie Initiativen, Vereine und Verbände,
504 sich aktiv in die Gestaltung der Gesellschaft einzubringen, unabhängig von
505 Herkunft, Alter oder Wahlrecht. Deshalb ist es uns wichtig, auch nichtdeutsche
506 Einwohner*innen unserer Stadt sowie Kinder und Jugendliche zu beteiligen. Ziel
507 dabei ist es, nachvollziehbare Entscheidungswege sowie eine offene, transparente
508 und faire Diskussionskultur in Politik, Verwaltung und dem alltäglichen
509 Miteinander in unserer Stadt zu schaffen. Die Verankerung von
510 Bürger*innenbeteiligung im Zuständigkeitsbereich eines Dezernats begrüßen wir
511 als wichtige Aufwertung dieses Themas. Nun gilt es, neue und geeignete
512 Beteiligungsformen für verschiedene politische Entscheidungsprozesse zu
513 entwickeln und dafür zu sorgen, dass alle Bürger*innen die Entwicklung ihrer
514 Stadt mitgestalten können. Uns geht es dabei um eine echte Mitwirkung, die die
515 Bürger*innen ernst nimmt, sie umfassend informiert und ihnen auch eigene
516 Entscheidungsspielräume gibt.

517 Dies gilt ganz besonders bei der Aufstellung des städtischen Haushalts. Denn im
518 Haushalt wird entschieden, wofür das Geld der Bürger*innen ausgegeben wird.
519 Unser Ziel ist es, den Haushalt verständlicher zu machen und die Bürger*innen an
520 den Entscheidungen über die Stadtfinanzen im Rahmen eines Bürger*innenhaushalts
521 zu beteiligen. Nachdem dieses Thema unter dem früheren Oberbürgermeister nur
522 eine geringe Priorität hatte, begrüßen wir, dass die neue Stadtspitze es nun
523 zügig umsetzen will. Um diesen Schritt konsequent zu gehen, müssen zunächst die
524 einzelnen Haushaltsposten klar und verständlich aufbereitet und Informationen zu
525 künftigen Vorhaben bereitgestellt werden. Denn ohne eine solide
526 Informationsgrundlage ist die Beteiligung der Bürger*innen am Haushaltsprozess
527 nicht möglich. Darüber hinaus ist es besonders wichtig, dass sie konkrete
528 Vorschläge und Projektideen einbringen können. Hierzu muss klar definiert
529 werden, ob die Bürger*innen auch an konkreten Haushaltsentscheidungen mitwirken
530 können oder in beratender Funktion unterstützen. Nach der Verabschiedung eines
531 Bürger*innenhaushalts muss sichergestellt sein, dass die eingebrachten
532 Vorschläge auch umgesetzt werden.

533 Dies gilt ganz besonders bei der Aufstellung des städtischen Haushalts. Denn im
534 Haushalt wird entschieden, wofür das Geld der Bürger*innen ausgegeben wird.
535 Deshab begrüßen wir, dass die neue Stadtspitze den Startschuss für die
536 Einrichtung eines Bürger*innenhaushalts gegeben hat, um die Bürger*innen an den
537 Entscheidungen über die Stadtfinanzen im zu beteiligen. Wichtig für den Erfolg
538 des Bürger*innenbudgets wird es sein, dass die eingebrachten Vorschläge auch
539 zügig mit Unterstützung der Stadtverwaltung umgesetzt werden.

540 Als drängende Aufgabe sehen wir in den kommenden Jahren den Ausbau der Kinder-
541 und Jugendbeteiligung. Wir wollen zügig die neuen Anforderungen des § 18a der

542 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg in Frankfurt (Oder) umsetzen und dabei
543 Kinder, Jugendliche und ihre Wegbegleiter*innen aus der Jugendarbeit dabei
544 unterstützen, geeignete Formate zu entwickeln. Dabei dürfen die
545 Beteiligungsformen keine Kopfgebirten sein, sondern müssen die Begeisterung der
546 Kinder- und Jugendlichen dafür wecken, sich aktiv am politischen und
547 gesellschaftlichen Geschehen in ihrer Stadt und ihrem Quartier zu beteiligen.
548 Offene Jugendkonferenzen können ein guter Ausgangspunkt sein, um die Interessen
549 und Wünsche von Kindern und Jugendlichen sowie passende Formate in Erfahrung zu
550 bringen. Schüler*innen- und Studierendenvertretung sowie Jugendklubs und
551 Jugendabteilungen von Verbänden, Vereinen und Parteien können sich dabei aktiv
552 einbringen. Ausgehend von diesen Ideenwerkstätten wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
553 Kinder und Jugendliche zudem besser an den für sie relevanten
554 kommunalpolitischen Entscheidungen beteiligen. Dies gilt ganz besonders bei
555 Planungsvorhaben, die unmittelbar und mittelbar die Lebenswelt von Kindern und
556 Jugendlichen betreffen und für sie deshalb auch direkt Ergebnisse ihrer
557 Beteiligung sichtbar machen, wie z.B. die Gestaltung von Schulen oder
558 Spielplätzen. Wir denken hier etwa an die Schaffung konkreter
559 Ansprechpartner*innen in der Verwaltung und Möglichkeiten eines auf Kinder und
560 Jugendliche zugeschnittenen Ideen-, Beschwerde- und Widerspruchssystems.
561 Weiterhin wollen wir die Rahmenbedingungen dafür verbessern, dass sich Kinder
562 und Jugendliche kontinuierlich und über einzelne Projekte hinaus am politischen
563 Geschehen der Stadt beteiligen können. Ob hierfür ein Jugendbeirat, ein Kinder-
564 und Jugendparlament oder eine andere Beteiligungsform die beste Lösung ist, muss
565 in einem gemeinsamen Prozess mit Kindern und Jugendlichen ermittelt werden. Ein
566 wichtiges Kriterium für uns ist aber, dass sie bei Interesse ähnlich wie
567 sachkundige Einwohner*innen ein Mitspracherecht in den Ausschüssen haben. Eine
568 ernsthafte Initiative zur Erweiterung der Kinder- und Jugendbeteiligung braucht
569 auch ein selbst zu verantwortendes Budget, mit dem kleinere Projekte, Ideen oder
570 Informationsflyer eigenständig umgesetzt werden können.

571 Stadtplanung und Stadtentwicklung gelangen an ihre Grenzen, wenn die
572 Bürger*innen nicht ausreichend daran beteiligt werden. Das gilt auch für die
573 Zusammenarbeit mit Stübice. Fragen wie die eines gemeinsamen Nahverkehrs oder
574 gemeinsamer Stadtentwicklung müssen in Zukunft noch stärker zusammen diskutiert
575 und entschieden werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten Instrumente wie
576 Bürger*innenbefragungen, Planungswerkstätten oder städtebauliche Wettbewerbe für
577 geeignet, um direkte Demokratie und die Akzeptanz von Entscheidungen zu fördern.
578 Die Stadtverwaltung sollte diese Prozesse durch die Bereitstellung geeigneter
579 Förderungen unterstützen.

580 Eine lebendige und demokratische Kommunalpolitik braucht frühzeitige Information
581 der Bürger*innen, Beteiligung bei Planungen, Befragungen und Versammlungen. Um
582 dies im Verwaltungshandeln zu verankern, setzen wir uns für eine Satzung zur
583 Bürger*innenbeteiligung ein. Diese soll auch das Frage-, Auskunfts- und
584 Rederecht der Frankfurter*innen in der Stadtverordnetenversammlung und in den
585 Ausschüssen stärken und die bessere Einbeziehung der Beiräte in die Stadtpolitik
586 fördern.

587 Für bürger*innennahe Lösungen von Problemen vor Ort sind Ortsbeiräte und
588 Stadtteilkonferenzen unverzichtbar. Damit dies gelingt, muss neben ihrer
589 besseren Beteiligung an städtischen Entscheidungsprozessen auch eine
590 ausreichende und verlässliche Finanzierung sichergestellt werden. Die bereits in
591 Arbeit befindliche Richtlinie für die Auszahlung von Stadttealgeldern ist als

592 Erfolg zu begrüßen. Um eine aktive Bürger*innengesellschaft mit Leben zu füllen,
593 müssen Bürger*innen aber auch jenseits dieser institutionalisierten
594 Beteiligungsformate dazu ermutigt werden, ihr direktes Lebensumfeldes
595 mitzugestalten. Die Übernahme von Patenschaften für Grünflächen auf ungenutzten
596 Flächen unter dem Motto „freiwillig gärtnern“, die Einrichtung von
597 Nachbarschaftstreffs oder andere lokale Initiativen sind dafür gute Beispiele.
598 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fördern dieses Engagement und setzen sich dafür ein, dass
599 solche Projekte zur Belebung der Innenstadt sowie der Stadt- und Ortsteile noch
600 stärker durch die Stadt unterstützt werden.

601 Auch Menschen ohne deutschen Pass, die in Frankfurt (Oder) leben, wollen wir
602 stärker als bisher in Entscheidungsprozesse einbinden. Wo immer möglich, wollen
603 wir daher nicht nur Bürger*innenbeteiligung, sondern
604 „Einwohner*innenbeteiligung“ umsetzen.

605 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern schon seit langem die Nutzung von Open-Source-
606 Lösungen und einen Live-Stream aus der Stadtverordnetenversammlung. Weil dieser
607 noch auf sich warten lässt, haben wir selbst einen Live-Ticker aus der
608 Stadtpolitik ins Leben gerufen, den über 500 Frankfurter*innen verfolgen und den
609 wir auch weiterhin fortführen wollen. Langfristig müssen solche Initiativen aber
610 in einer Social Media Strategie der Stadtverwaltung verankert werden. Das
611 Online-Informationssystem zur Stadtverordnetenversammlung (ALLRIS) wollen wir
612 bürger*innenfreundlicher ausgestalten.

613 In einem von uns mit erarbeiteten fraktionsübergreifenden Antrag haben wir uns
614 klar für den Erhalt der Außenstelle der Bundesanstalt für Stasi-Unterlagen in
615 Frankfurt (Oder) positioniert und werden uns dafür auch weiterhin auf kommunaler
616 sowie Landes- und Bundesebene einsetzen.